

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Hans-Josef Bauer	CDU
Frau Ciler Firtina	auf Vorschlag der Grünen
Frau Ingrid Hack	SPD-Fraktion
Herr Tim Hagemann	auf Vorschlag der FDP
Herr Biber Happe	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Herr Paul Spörl	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Lieselotte Sturch	GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Combrink-Souhjoud	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
--------------------------------	--

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region.
Herr Konrad Gilges	AK für das ausländische Kind e.V.
Frau Karin Grevelhörster	Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Frau Christiane Lehmann	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Frau Frauke Mahr	Mädchenhaus Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Jochen Sander-von der Meden	Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung
Herr Hans-Josef Saxler	Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Wolfgang Scheiblich	Sozialdienst katholischer Männer
Herr Wolfgang Schmidt	Diakonie Michaelshoven
Frau Carola Siman	Evangelische Jugend
Frau Sarah van Dawen	Kölner Jugendring e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erziehverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.

Frau Helga Wolf

Kölner Jugendring e.V.

Herr Dr. Wolfgang Zäschke

Jugendhilfe und Schule e.V.

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Carolin Krause

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold

Ev. Kirche

Herr Georg Spitzley

Kath. Kirche

Herr Werner Völker

Ev. Kirche

Herr Dr. Robert Wegner

Vertreter der Gesundheitsverwaltung

Herr Wolfgang Wendelmann

Polizeipräsident Köln

Herr Josef Zimmermann

Kath. Kirche

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Franz Abels

Seniorenvertretung

Herr Heinrich Spieker

Seniorenvertretung

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Frau Derya Zeyrek

agisra e.V.

Frau Anja Daub

Agentur für Arbeit

Herr Karl Tymister

Agentur für Arbeit

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende alle Jugendhilfeausschussmitglieder, die Besucher und die Presse.

Mit dem vorgegebenen Text verpflichtet er Herrn Peter Krücker.

Herr Dr. Heinen weist die Jugendhilfeausschussmitglieder nochmals darauf hin, dass die reguläre Jugendhilfeausschusssitzung am 22.02.2011 erst gegen ca. 16 Uhr - im Anschluss an die gemeinsame Sondersitzung des JHA und des Ausschusses Schule und Weiterbildung zum Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan um 14 Uhr - beginnen wird. Die Einladungen werden von der Verwaltung in der 6. KW gefertigt und verschickt.

Weiterhin informiert Herr Dr. Heinen darüber, dass Frau Hammelrath – Leiterin des Amtes für Weiterbildung - vor Eintritt in die Tagesordnung einen Vortrag zu Sprachförderangeboten, -maßnahmen und -projekten im Amt für Weiterbildung halten wird (TOP A).

Zu TOP 6.5 merkt der Ausschussvorsitzende an, dass es sich hierbei um eine bereits im November 2010 gefertigte Vorlage handelt. Aufgrund dessen lautet der Beschluss-text: „Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie– beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für die Jahre 2010/2011,...“. Er bittet, den Beschluss ohne den Zusatz „vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für die Jahre 2010/2011“ zu fassen.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Herr Dr. Schlieben bittet im Namen der CDU-Fraktion, TOP 10.2 auf die Jugendhilfeausschusssitzung am 22.02.2011 zu verschieben, sofern die Verwaltung sich hiermit einverstanden erklärt. Im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales am 24.01.2011 wurde die Beschlussvorlage ebenfalls zurückgestellt.

Sowohl die Verwaltung als auch der Jugendhilfeausschuss erklären sich hiermit einverstanden.

Als Tischvorlage werden die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien zu TOP 7.1, 7.2, 8.2 und 10.2 mitgeteilt.

Des Weiteren wurden die Unterlagen zu TOP A (Informationen zu Sprachförderangeboten, -maßnahmen und –projekten im Amt für Weiterbildung), zu TOP 3.5 (Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 13.01.2011) sowie zu TOP 7.2 (Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler vom 20.01.2011) als Tischvorlagen ausgeteilt.

Herr Dr. Heinen bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte: A, 3.9, zu 5.1.1, 5.2.1, 5.2.2, 7.2 und 10.2.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Informationen zu Sprachförderangeboten, -maßnahmen und -projekten im Amt für Weiterbildung
 - 1.1 Benennung der Stimmzähler
 - 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
 - 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen
- 2 Beantwortung von Anfragen**
 - 2.1 zu TOP 3.7. Beantwortung der Anfrage von Frau Hack im Jugendhilfeausschuss vom 16.11.2010
hier: Bericht der U 25 Konferenz - 4221/2010
5316/2010
 - 2.2 Spielplatz Silbermöwenweg in Köln-Vogelsang
(Beantwortung einer Anfrage von Herr Dr. Schlieben aus der JHA-Sitzung am 16.11.2010)
5416/2010
 - 2.3 Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige - Ausbauplanung bis 2013
(Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII)
hier: Nachfrage Frau Jahn in der Sitzung vom 07.12.2010 zu TOP 8.5
5395/2010
 - 2.4 Kindergartenplätze bei Umzug innerhalb Kölns
(Beantwortung einer Anfrage von Frau Laufenberg aus der JHA-Sitzung am 16.11.2010)
5310/2010
 - 2.5 Bolzplatz Dorotheenstraße in Köln-Porz
(Beantwortung einer Anfrage von Frau Laufenberg aus der JHA-Sitzung am 16.11.2010)
0027/2011
 - 2.6 Sanierung und Erneuerung des Bolzplatzes "Schollekuhl" in Porz Libur
(Beantwortung einer Anfrage von Herr Dr. Schlieben aus der JHA-Sitzung am 16.11.2010)
5419/2010

3 Mitteilungen

- 3.1 Fertiggestellte Kita-Außenflächen aus dem Konjunkturprogramm II
4920/2010
- 3.2 Anpassung von Maßnahmen des Dezernats für Bildung, Jugend und Sport im
KP II
5065/2010
- 3.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
5335/2010
- 3.4 Online-Schulabgängerbefragung in Köln
5004/2010
- 3.5 Bildungs- und Betreuungslandschaft Finkenberg
5290/2010
- 3.6 Strukturförderprogramm Mülheim 2020 Ausschreibung Projekt "Stadtteilmüt-
ter"
5449/2010
- 3.7 Offene Kinder- und Jugendarbeit in Köln- Kalk
hier: Neubauvorhaben der GAG im Bereich Albermannstraße/ Remscheider
Straße
5214/2010
- 3.8 Eingabe an den Beschwerdeausschuss (Az. 02-1600-2/10) Ferienbetreuung
bei Gleichbehandlung von Kindern mit und ohne Behinderung
5482/2010
- 3.9 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten
Planungs- und Ausführungsstand 31.12.2010
0122/2011

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 4.1 Frühere Anträge
- 4.2 Neue Anträge
 - 4.2.1 Berechnung der Elternbeiträge für die städtischen Kitas
(Antrag der FDP-Fraktion vom 17.12.2010)
AN/2304/2010

- 4.2.2 Förderung von Schulkindern mit Teilleistungsstörungen
(Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom
22.12.2010)
AN/2387/2010

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 5.1 Frühere Anfragen

- 5.1.1 Bilinguale Kindertagesstätten in Köln
(Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2010)
(Vertagter TOP 5.2.1 aus der JHA-Sitzung am 07.12.2010.)
AN/2310/ 2010

- zu 5.1.1 Bilinguale Kindertageseinrichtungen in Köln
(Beantwortung der Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 02.12.2010)
0134/2011

- 5.2 Neue Anfragen

- 5.2.1 Zusätzliche elternfinanzierte Angebote in Kitas
(Anfrage von RM Thor Zimmermann vom 20.01.2011)
AN/0107/2011

- 5.2.2 Gesundes Essen in Kitas
(Anfrage von RM Thor Zimmermann vom 20.01.2011)
AN/0108/2011

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "fips e.V."
5204/2010
- 6.2 Reparaturkosten / Erhaltungsaufwand von Kraftfahrzeugen für die mobile Ju-
gendarbeit
4699/2010
- 6.3 Trägerwechsel der OT Haus der Jugend Lippeweg von der Katholischen Kir-
chengemeinde Heilige Familie zu den Katholischen Jugendwerken e. V.
5399/2010
- 6.4 Trägerwechsel der OT St John von der Katholischen Kirchengemeinde St.
Mariä Geburt zum Sozialdienst Katholischer Männer e. V. Köln (SKM)
5413/2010

- 6.5 Verteilung von Haushaltsmitteln 2010 - Zuschuss an den "Arbeitskreis Ausländisches Kind e.V."
4531/2010

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

- 7.1 Annahme einer zweckgebundenen Spende für den Spielplatz im Forstbotanischen Garten
5349/2010

- 7.2 Generalinstandsetzung, Umbau und Erweiterung der ehemaligen Grundschule Berrischstraße 134-136 in Köln-Roggendorf/Thenhoven zu einer fünfgruppenigen Kindertagesstätte
Baubeschluss
5385/2010

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 8.1 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -
5334/2010

- 8.2 MÜLHEIM 2020 - Zuständigkeit der Bezirksvertretung Mülheim für Einzelprojekte
5396/2010

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Informationen zu Sprachförderangeboten, -maßnahmen und -projekten im Amt für Weiterbildung

Frau Hammelrath – Leiterin des Amtes für Weiterbildung – hält einen 30-minütigen Vortrag anhand der der Niederschrift als Anlage 1 beigefügten Unterlagen. Diese wurden vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt.

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Frau Gonca Mucuk-Edis, Herr Niklas Kienitz und Frau Sylvia Laufenberg benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 zu TOP 3.7. Beantwortung der Anfrage von Frau Hack im Jugendhilfeausschuss vom 16.11.2010 hier: Bericht der U 25 Konferenz - 4221/2010 5316/2010

Frau Hack bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage. Sie legt das Augenmerk auf die Tatsache, dass für eine Gruppe in der Untersuchung eine relevante Lücke im Hilfesystem festgestellt wurde. Die Kürzungen der Geldmittel treffen genau diese Gruppe von Jugendlichen und erzeugen an dieser Stelle ein großes Problem, obwohl die Gruppe in Relation recht klein sei. Frau Hack äußert ihre Freude darüber, dass zumindest ein Stadtteilbüro bemüht sei, diese Lücke zu beheben. Sie bittet um Mitteilung, welche Rückschlüsse die Verwaltung daraus ziehe, dass nicht die Zuständigkeitsorientierung sondern die Lösungsorientierung vorrangig sein solle. Sie verlangt, dass der Jugendhilfeausschuss in Zukunft mehr darauf achten müsse, dass Geld und Personal für solche Maßnahmen zur Verfügung gestellt werde. Sie äußert nochmals den Wunsch, den Workshop auch im Jugendhilfeausschuss vorzustellen. Ferner bittet Sie um Auskunft, was „Vertiefung der Ergebnisse“ heiße und ob geplant sei, einen Konnex zu TOP 3.4 herzustellen.

Herr Schultens teilt für die Verwaltung mit, dass für den Workshop neben dem Thema „Lösungs- anstatt Zuständigkeitsorientierung“ auch die Themen „Prävention“, „Vernetzung“ und „lokal bezogene Zuständigkeiten“ bzw. „sozialräumliche Verantwortlichkeiten“ ausgesucht worden seien. Dafür wolle man aus dem eigentlichen Arbeitsgremium

herausgehen und stattdessen mit Praktikern aus Beratungseinrichtungen und -angeboten für Jugendliche und junge Erwachsene im Übergang Schule – Beruf diskutieren. Der Workshop werde am 05. April 2011 stattfinden und man werde gezielt Einladungen verschicken, damit u.a. Trägervertreter, d.h. die Praxisnahen, ihre Erfahrungswerte weitergeben und neue Strategien entwickeln können. Weiterhin teilt Herr Schultens mit, dass das Lokale Büro „Die Chance“ losgelöst von den Zuständigkeiten alle Probleme der Betroffenen annehme um dann zusammen mit ihnen eine Lösung zu entwickeln, die zuständigen Stellen anzulaufen und die Betroffenen mit Rat und Tat zu unterstützen. Um eine fachgerechte Beratung zu gewährleisten, wurden die zuständigen Ansprechpartner/innen auf die Problematik vorbereitet und instruiert.

Im Namen der Ratsmitglieder macht Herr Dr. Heinen darauf aufmerksam, dass der Spagat zwischen einer „schlanken Verwaltung“ und den steigenden Anforderungen der Bürger immer größer und spürbarer werde. Dieser Aspekt müsse in Zukunft im Auge behalten werden.

2.2 Spielplatz Silbermöwenweg in Köln-Vogelsang (Beantwortung einer Anfrage von Herr Dr. Schlieben aus der JHA-Sitzung am 16.11.2010) 5416/2010

Zu den Tagesordnungspunkten 2.2 und 2.6 spricht Herr Dr. Schlieben seinen Dank für die Beantwortung aus. Gerade in Anbetracht der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II, der knappen Personalressourcen und des Zeitdrucks müssen die guten Leistungen des Amtes für Kinderinteressen anerkannt werden. Er ermutigt die Abteilung, trotz manch widriger Umstände so weiter zu machen. Er verstehe die Antwort so, dass eben wegen dieser widrigen Umstände nicht alle Projekte so bzw. so schnell durchgeführt werden können wie geplant. Er bestärkt die Verwaltung, auch bei diesen Projekten alles Mögliche zu unternehmen, damit ein zügiger und erfolgreicher Abschluss erzielt werden könne.

2.3 Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige - Ausbauplanung bis 2013 (Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII) hier: Nachfrage Frau Jahn in der Sitzung vom 07.12.2010 zu TOP 8.5 5395/2010

Frau Jahn kritisiert, dass die Beantwortung sich nicht von dem Text in der Vorlage am 07.12.2010 unterscheide. Aufgrund dessen bittet sie nochmals um genaue Aufschlüsselung der Beträge 517.600 Euro und – vordergründig – der 9.645.177 Euro. Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

2.4 Kindergartenplätze bei Umzug innerhalb Kölns (Beantwortung einer Anfrage von Frau Laufenberg aus der JHA-Sitzung am 16.11.2010) 5310/2010

Herr Dr. Heinen kritisiert, dass es diesbezüglich keine Koordinierungen im Bereich von Kindertagesstätten der freien Träger gäbe. Es sei sehr wichtig, die Gesamtverantwortung zu stärken, d.h. dass freie Träger Kita-Plätze vorhalten, wenn es den städtischen

Kindertagesstätten nicht möglich ist, freie Plätze anzubieten. Er bemerkt, dass das Problem seines Erachtens fast vollständig gelöst werden könnte, wenn die freien Träger mit in die Koordinierung einbezogen würden.

Herr Dr. Schlieben bittet um Auskunft, ob bzw. wie der Betroffenen aus Frau Laufenberg's Fall geholfen werden konnte. Darüber hinaus bezeichnet er die Aussage der Verwaltung, dass Kinder, die bei einem Umzug im neuen Stadtteil keinen Kita-Platz bekommen, weiterhin in ihren bisherigen Kindergarten gehen können, als unpraktikabel.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass der Name der Betroffenen aus Frau Laufenberg's Fall nicht bekannt und dies von Frau Laufenberg auch nicht gewünscht gewesen sei. Bezüglich der Einbindung der freien Träger sei die Voraussetzung, dass diese hierzu bereit seien. In der nächsten AK80-Sitzung werde die Verwaltung die Thematik mit den freien Trägern erörtern.

Frau Volland-Dörmann macht deutlich, dass die freien Träger selbstverständlich bereit seien, Kinder aufzunehmen und das Verfahren in der nächsten AK80-Sitzung zu besprechen. Nach KiBiZ sei es jedem Träger freigestellt, die Kita-Plätze jeweils um 10% aufzustocken bzw. zu reduzieren. Im U3-Bereich sehe sie größere Probleme, grundsätzlich jedoch seien die freien Träger sehr an Gesprächen mit der Verwaltung bezüglich einer Lösung bereit.

Herr Dr. Wegner bittet, ebenfalls die behinderten Kinder in integrativen Einrichtungen zu bedenken.

Frau Mucuk-Edis führt aus, dass freie Träger, im Gegensatz zu städtischen Kitas, Kinder ablehnen können. So werden in kirchlichen Kitas muslimische Kinder abgelehnt, vor allem in katholischen Einrichtungen. So komme es auch, dass die städtische Kita in einem Stadtteil sehr viele muslimische Kinder habe und die katholische fast keine.

Frau Trappe-Nolden berichtet von einem Fall, in dem eine alleinerziehende, halbtagsbeschäftigte Mutter mit 2 Kindern in Widdersdorf wohne und einen Kita-Platz in Porz angeboten bekommen habe. Sie bittet um Mitteilung, an wen sich die Frau in dem Fall wenden könne.

Frau Brähler-Haucke von der Verwaltung erklärt sich bereit, sich des Falles anzunehmen.

Frau Laufenberg spricht an, dass sie gehört habe, dass die Standards in städtischen Kitas unterschiedlich seien. Sie bittet, dies auch im AK80 anzusprechen.

Herr Pannes schlägt vor, die KiBiZ-Revision für eine Überarbeitung zu nutzen.

Herr Dr. Heinen formuliert noch mal den Auftrag an den AK80, zu dieser Thematik eine Regelung herbeizuführen. Frau Kleine zeigt sich überzeugt, dass im AK80 genügend Sachverstand sei, um sich der Probleme anzunehmen.

**2.5 Bolzplatz Dorotheenstraße in Köln-Porz
(Beantwortung einer Anfrage von Frau Laufenberg aus der JHA-Sitzung
am 16.11.2010)
0027/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**2.6 Sanierung und Erneuerung des Bolzplatzes "Schollekuhl" in Porz Libur
(Beantwortung einer Anfrage von Herr Dr. Schlieben aus der JHA-
Sitzung am 16.11.2010)
5419/2010**

→ siehe Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 2.2

3 Mitteilungen

**3.1 Fertiggestellte Kita-Außenflächen aus dem Konjunkturprogramm II
4920/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.2 Anpassung von Maßnahmen des Dezernats für Bildung, Jugend und
Sport im KP II
5065/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
5335/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.4 Online-Schulabgängerbefragung in Köln
5004/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen merkt an, dass das Thema im Ausschuss Schule und Weiterbildung sehr intensiv diskutiert worden sei. Ein Diskussionschwerpunkt sei das Thema „Übergang Schule - Beruf“ gewesen. Darüber hinaus sei darüber diskutiert worden, dass die Zahlen nicht sehr aussagekräftig seien und die Ergebnisse sich so darstellen, als hätten über 95% der Schulabgänger keinen Ausbildungsplatz, was definitiv nicht der Realität entspreche. Im Ausschuss Schule und Weiterbildung sei angeregt worden, dass zur Beantwortung der vielfältigen Fragen ein entsprechender Vortrag bzw. eine ausführliche Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer oder der Handwerkskammer eingeholt werden und auch im Jugendhilfeausschuss vorgestellt bzw. zumindest als Mitteilung eingebracht werden solle.

Frau Mucuk-Edis spricht ihr Lob für die Mitteilung aus. Sie bittet jedoch um Auskunft, warum in der Befragung keine Gymnasien berücksichtigt wurden.

Frau Jahn geht auf Seite 2 der Mitteilung ein. Dort stehe: „Die Befragung macht Übergangsprobleme sichtbar, kann aber keine Aussagen zum tatsächlichen Verbleib und zu Individualverläufen machen. Dafür müssen weitere Befragungen, aufbauend auf die Schulabgängerbefragung, durchgeführt werden.“. Sie bittet um Auskunft, ob diese weiteren Befragungen bereits durchgeführt werden und, falls ja, wer diese durchführt und auf welche Art.

Frau Linke teilt für die Verwaltung mit, dass die Befragung bei der Stadt Köln seit bereits 7 Jahren durchgeführt werde. Eine Befragung in der 10. Klasse des Gymnasiums wäre nicht sinnvoll, da ca. 95-97% der Gymnasialschüler von Sekundarstufe I in Sekundarstufe II wechseln. Sinnvoll und aufschlussreich wäre sicherlich die Befragung von Gymnasiasten nach der 12. oder 13. Klasse. Leider seien hierfür jedoch keine Kapazitäten gegeben. Zur Frage von Frau Jahn führt Frau Linke aus, dass Köln zusammen mit dem Deutschen Jugendinstitut auf verschiedene Weisen versucht habe, eine Studie für Köln zu erstellen. Die Gruppe von Jugendlichen, die sonst nicht so leicht zu erreichen ist, kann über die Online-Befragung an Berufskollegs, in überbrückenden Maßnahmen, in Warteschleifen oder in fortführenden Maßnahmen relativ gut erreicht werden. Dies sei ein größeres Unterfangen, da Köln diesbezüglich mit einigen anderen Stellen arbeiten müsse. Eine Befragung in vollem Umfang ist jedoch leider nicht möglich.

Herr Dr. Heinen fragt nach, ob die Zahlen nicht repräsentativer wären, wenn man auch die Abgänger von Gymnasien und Gesamtschulen nach der 11. und 12. Klasse sowie die Schulabbrecher befragen würde. Er bittet um Mitteilung, ob dies einen großen Aufwand darstellen würde.

Frau Linke antwortet, dass dies selbstverständlich repräsentativer wäre, es sich jedoch dabei um eine Frage der Kapazitäten handele, die definitiv nicht vorhanden seien. Der Aufwand – sowohl in der Befragung als auch in der Auswertung – sei wesentlich höher. Darüber hinaus führt sie aus, dass die Angabe, dass lediglich 4,9% der Schulabgänger einen Ausbildungsplatz haben, aus einer Erhebung im Februar stamme. Dies verdeutliche, wie viel Arbeit dann noch in den nächsten 6 Monaten erledigt werde, um den restlichen Abgängern einen Ausbildungsplatz zu beschaffen.

3.5 Bildungs- und Betreuungslandschaft Finkenberg 5290/2010

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vor Sitzungsbeginn der Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 13.01.2011 als Tischvorlage verteilt. Dieser liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei.

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Philippi bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion bei der Verwaltung für die ausführliche Mitteilung. Diese enthalte drei wesentliche Botschaften. Als Erstes werde deutlich, dass insbesondere junge Menschen aus diesem Stadtteil besonders benachteiligt seien gegenüber Jugendlichen aus anderen Stadtteilen. Als Nächstes werde deutlich, dass die Menschen, die in der Bildungslandschaft arbeiten sehr kooperati-

ons- und kommunikationswillig seien. Letztendlich mangle es jedoch an geeigneten Räumlichkeiten. Die SPD-Fraktion plane eine Initiative hinsichtlich der fehlenden 80.000,- Euro.

Auch Herr Dr. Zashke bedankt sich bei der Verwaltung für die Mitteilung und nennt diese einen wichtigen Bedarfsnachweis. Das im Bericht zur Bildungslandschaft Finkenberg geschilderte Verfahren zur Anbahnung erzieherischer Hilfen und sonderpädagogischer Förderung im Netzwerk (Seiten 9-11 der Mitteilung) stelle ein wichtiges Nebenthema dar, welches folgende Fragen aufwerfe:

1. Ist das geschilderte Verfahren einer vernetzten, reihenweisen Zweitbegutachtung der Einschulungsuntersuchung mit den Vorschriften zum Verfahren der Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf (AOSF) vereinbar?
2. Wie können durch Rezept finanzierte therapeutische Maßnahmen in Schulräumen stattfinden, ohne mit dem Werbeverbot an Schulen zu kollidieren?
3. Wie kann man vermeiden, dass durch Krankenkassen oder Förderschulen angebotene Maßnahmen durch das im Netzwerk praktizierte Verfahren strukturell gegenüber der Erprobung niedrigschwelliger Maßnahmen bevorzugt werden?
4. Kann die im Bericht erwähnte Kooperationsvereinbarung zur Verfügung gestellt werden?

Herr Dr. Zashke sieht eventuelle Bedenken aus folgenden Gründen:

- die schulärztliche Kompetenz werde möglicherweise überschritten, wenn Schulärzte heilpädagogischen Förderbedarf feststellen oder entsprechende Kategorisierungen vorsehen;
- das Prinzip der Reihenuntersuchung weiche vom Prinzip der Einzelfallprüfung ab;
- eine Einleitung therapeutischer oder erzieherischer Hilfen vor der ordentlichen Feststellung von Förderbedarf wäre bedenklich, wenn dies eine Bewährung in der Schule vor der Durchführung eines Förderschulverfahrens erschwere;
- eine Kategorisierung der Kinder vor Schuleintritt könnte eine frühere, interne Differenzierung in der Grundschule bewirken (z.B. bei der Verteilung auf Klassen mit und ohne GU);
- die Beteiligung der Eltern finde erst nach statt vor den zu treffenden Entscheidungen statt;
- die Feststellung von Förderbedarf ex post, also nach dem Einleiten sonderpädagogischer Förderung, wäre vom Schulrecht voraussichtlich nicht gedeckt.

Frau Ritzen bedankt sich ebenfalls für die Mitteilung und bittet um Auskunft, wie Kinder und Jugendliche in der Betreuungslandschaft einbezogen werden. Als politischer Kinder- und Jugendverband begrüßen „Die Falken“ die Forderungen nach mehr Platz und Raum für Kinder- und Jugendliche.

Frau Blümel kritisiert, dass die Realität hinter den Erwartungen zurückbliebe und die Hoffnungen bei den Menschen vor Ort enttäuscht worden seien.

Frau Beigeordnete Dr. Klein macht darauf aufmerksam, dass in Finkenberg die gesamte Situation gesehen werden müsse um sich über die Partizipation Gedanken machen zu können. Die Akteure vor Ort seien sehr gut vernetzt, die Frustration sei jedoch sehr hoch, da das Thema „Jugendeinrichtung“ ein Dauerbrenner sei. Die Menschen vor Ort seien zwar grundsätzlich kooperationsbereit, sie möchten jedoch weder Koordination noch Moderation sondern eine Jugendeinrichtung. Sobald ein Signal von

der Verwaltung komme, werde ein Gespräch mit den Menschen vor Ort möglich sein und man könne dann überlegen, wie Partizipation gestaltet werde.

Frau Firtina bestätigt, dass in Finkenbergr nicht nur Räumlichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie für Erwachsene sondern auch fachlich gute Mitarbeiter dringend benötigt werden. Die Vernetzung vor Ort sei, wie bereits ausgeführt, in der Tat sehr gut.

3.6 Strukturförderprogramm Mülheim 2020 Ausschreibung Projekt "Stadtteil­mütter" 5449/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Pannes lobt das Projekt und bezeichnet es als integrationsrelevant und wertvoll unter dem Aspekt der Niederschwelligkeit und der Genderthematik. Der Integrationsaspekt sei hier in zwei Richtungen vorhanden: zum Einen in Richtung der Bevölkerung mit Integrationsproblemen und zum Zweiten in Richtung der Stadtteil­mütter, denen eine Integration auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht werde. Im Bezug auf den 12-monatigen VHS-Kurs bittet Herr Pannes um Mitteilung, zu welchem Abschluss dieser führe. Weiterhin bittet er um Auskunft, ob die „Entlohnung“ eine tarifrelevante Vergütung sei oder es sich dabei lediglich um Aufstockungsbeträge handele.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Frau Jahn merkt an, dass nun die erste Ausschreibung stattfinden werde. Aufgrund der Zeitproblematik beim Projekt „Mülheim 2020“ bittet sie um Auskunft, wann die weiteren Ausschreibungen folgen werden bzw. wann das Ende der Ausschreibungsphase und wann der Beginn der Arbeitsphase seien.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass in die Sache Tempo reinkommen müsse. Die Ausschreibungsverfahren laufen zentral über das Amt für Stadtentwicklung und Statistik unter fachlicher Mitwirkung der Fachämter. Sobald diese abgeschlossen seien und ein Zuschlag erfolge, werde die Verantwortung an die Fachämter übergehen. Wenn dies passiere, werde die Jugendverwaltung schnellstmöglich die weiteren Schritte einleiten.

Die Frage von Frau Jahn werde zur Beantwortung an das Amt für Stadtentwicklung und Statistik weitergeleitet.

3.7 Offene Kinder- und Jugendarbeit in Köln- Kalk hier: Neubauvorhaben der GAG im Bereich Albermannstraße/ Remscheider Straße 5214/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben führt aus, dass die Notwendigkeit einer Jugendeinrichtung für den Stadtbezirk unumstritten sei. Unter Bezugnahme auf den letzten Absatz der Mitteilung möchte er jedoch wissen, wie es mit den Betriebskosten für die Einrichtung aussehe.

Herr Bergmann gibt an, dass man zwar optimistisch in die Zukunft schauen könne, es sich bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit jedoch um einen Bereich handele, in dem erhebliche Kürzungen verkraftet werden müssen. Teilweise seien die Träger seit Jahren an räumlich sehr prekären Standorten und man dürfe bei den Überlegungen über aktuelle Bedarfe nicht den Bestand und die in der Vergangenheit festgestellten Bedarfe vernachlässigen. In den 90-er Jahren habe es eine Rangliste von Bedarfen in Kinder- und Jugendeinrichtungen gegeben, die zum Teil schon abgearbeitet sei. Es wäre sehr hilfreich, wenn die Verwaltung eine Gesamtaufstellung der bestehenden Bedarfe (aktuelle und in der Vergangenheit festgestellte) liefern würde, aus der auch eine Wertung der einzelnen Projekte hervorgehe.

Frau Jahn bittet ebenfalls um Vorlage einer aktuellen Prioritätenliste. Bezogen auf den Sachverhalt in der Mitteilung bittet sie um Auskunft, ob der Pavillon - der sehr geschätzt und als wichtig erachtet werde - erhalten werden könne.

Frau Hartmann entgegnet für die Verwaltung, dass die Prioritätenliste aktualisiert und in einer der nächsten Jugendhilfeausschusssitzungen vorgelegt werde. Der Unterschied zwischen Finkenbergr und Kalk liege darin, dass in Finkenbergr alle Betriebskosten für eine Jugendeinrichtung tatsächlich da seien, da der Träger „Haus Offene Tür e.V.“ die Einrichtung betreibe. Das Problem sei lediglich, dass keine vernünftige Immobilie zur Verfügung stehe; die Arbeit werde jedoch geleistet und es fallen auch Sachkosten an. In Kalk hingegen handele es sich um ein Jugendprojekt, welches ca. 40.000,- Euro im Jahr erhalte. Aus jugendhilfeplanerischer Sicht sei zwar der Bedarf nach einer Jugendeinrichtung gegeben, es habe jedoch bisher lediglich das Projekt gegeben. Da die GAG das Grundstück, auf dem der Pavillon steht, für eine Neubaumaßnahme benötige, werde dieses in Zukunft definitiv nicht mehr für den Pavillon zur Verfügung stehen.

3.8 Eingabe an den Beschwerdeausschuss (Az. 02-1600-2/10) Ferienbetreuung bei Gleichbehandlung von Kindern mit und ohne Behinderung 5482/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen bittet um Auskunft, ob es in der Sache bereits neuen Bewegungen durch den Landschaftsverband Rheinland gebe oder der Sachstand seit Mitte 2010 unverändert geblieben sei.

Frau Hartmann teilt für die Verwaltung mit, dass der LVR weiterhin keine Zuständigkeiten für eine Ferienlösung in den durch ihn betriebenen Schulen im gebundenen Ganztage sehe. Die Erwartungen gehen an die Jugendhilfe. Die Jugendverwaltung bemühe sich, mit den bestehenden finanziellen Mitteln eine Lösung zu finden und beziehe die Akteure, die im Bereich Ferienbetreuung aktiv sind, verstärkt mit ein.

Frau Jahn betont, dass aus Gesprächen mit dem Lebenshilfe Köln e.V. im Juli 2010 hervorgegangen sei, dass die Stadt Düsseldorf diesbezüglich ein erfolgreiches Konzept habe und bittet um Mitteilung, ob Köln sich nach dem dortigen Konzept erkundigt habe. Darüber hinaus bittet sie um Mitteilung, warum der Mitteilung lediglich eine Übersicht über die Stadtranderholung beigefügt sei. Es gebe schließlich auch weitere Ferienmaßnahmen.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

3.9 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten Planungs- und Ausführungsstand 31.12.2010 0122/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge liegen nicht vor.

4.2 Neue Anträge

4.2.1 Berechnung der Elternbeiträge für die städtischen Kitas (Antrag der FDP-Fraktion vom 17.12.2010) AN/2304/2010

Frau Laufenberg begründet den FDP-Antrag mündlich. Sie führt aus, dass sich letztes Jahr aufgrund der hauswirtschaftlichen Kräfte und der Erhöhung des Essensgeldes Erhöhungen bei den Elternbeiträgen ergeben haben. Grundsätzlich könne es nicht sein, dass die Elternbeiträge alle paar Jahre enorm angehoben werden. Die FDP-Fraktion möchte durch ihren Antrag die Elternbeiträge gemeinsam mit den Eltern erarbeiten und kontinuierlich anpassen. Das heißt, dass die Elternbeiträge – abhängig von der jeweiligen Situation – angehoben oder gesenkt werden bzw. stagnieren. Dies bedeute, dass die Verwaltung in bestimmten Zeitabständen (z.B. ein Mal im Jahr) die Kosten für den Kindergarten sowie die Tariftabelle vorlegen müsse. Auch die Einkommenstabelle zur Ermittlung der Elternbeiträge müsse in bestimmten Zeitabständen überprüft werden, da auch die Löhne steigen, sinken bzw. stagnieren. Im Sinne der Ehrlichkeit, der Planungssicherheit und der Sozialverträglichkeit müsse das jetzige Verfahren geändert werden. Aufgrund dessen bittet Frau Laufenberg die Jugendhilfeausschussmitglieder, für den FDP-Antrag zu stimmen.

Herr Dr. Heinen führt aus, dass nicht davon auszugehen sei, dass die Löhne sinken werden. Es habe in den letzten Jahren auch keine nominellen Erhöhungen der Elternbeiträge gegeben sondern lediglich Verschiebungen. Darüber hinaus seien, z.B. aufgrund der Einführung des Köln Passes, sogar Senkungen für Viele herbeigeführt worden. Er befürchte, dass das von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Verfahren eher zu einer dynamischen Erhöhung der Elternbeiträge führen würde als das jetzige Verfahren. Allein aufgrund der jährlichen Bruttolohnsteigerungen und des Anstiegs der allgemeinen Lebenshaltungskosten sei zumindest davon auszugehen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den FDP-Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung stellt ab Sommer 2011 dem Jugendhilfeausschuss eine detaillierte Kostenaufstellung der Städtischen Kindertagesstätten inklusive der aktuellen Lohn-

und Tariftabellen vor. Dabei sind die Entwicklungen der Kosten und dessen Verwendung besonders zu betrachten. Ferner sind dabei verschiedene Modelle im bewährten Stufenverfahren zur Neuberechnung der Elternbeiträge darzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird bei einer Pro-Stimme (FDP-Fraktion) und 4 Enthaltungen (CDU-Fraktion, SkF Köln, Caritasverband) mehrheitlich abgelehnt.

4.2.2 Förderung von Schulkindern mit Teilleistungsstörungen (Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 22.12.2010) AN/2387/2010

Zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP führt Frau Jahn aus, dass dieser sehr bedeutend sei, da es um die Erhaltung wichtiger Angebote gehe, die die Stadt dringend brauche. Das Angebot richte sich an Schulkinder, die sonst keine interdisziplinären Förderangebote erhalten würden, da Schulkinder aufgrund einer Änderung des Bundes in der Frühförderverordnung keinen Anspruch mehr darauf haben. Trotz der angespannten Haushaltslage bittet Frau Jahn, dem gemeinsamen Antrag aufgrund seiner Brisanz zuzustimmen.

Herr Dr. Heinen stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die finanzielle Förderung für möglichst viele Schulkinder mit Teilleistungsstörungen fortzusetzen.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt zu diesem Zweck die zuständige Fachverwaltung (Jugendamt) mit der Erarbeitung eines entsprechenden Förderkonzeptes sowie dessen Vorlage im Fachausschuss. Zur Finanzierung sollen die bisher im Sozialetat vorgehaltenen städtischen Mittel in den Jugendetat übertragen werden. Bei der finanziellen Unterstützung ist darauf zu achten, dass eine mögliche Doppelförderung der Betroffenen ausgeschlossen ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Bilinguale Kindertagesstätten in Köln (Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2010) (Vertagter TOP 5.2.1 aus der JHA-Sitzung am 07.12.2010.) AN/2310/ 2010

**zu 5.1.1 Bilinguale Kindertageseinrichtungen in Köln
(Beantwortung der Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die
Grünen vom 02.12.2010)
0134/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk-Edis drückt ihre Freude darüber aus, dass die Stadt auch bilinguale Kindertagesstätten anbietet und hofft, dass nach Abschluss der Pilotphase im Jahr 2012 ein flächendeckendes Angebot vorhanden sein werde.

Herr Dr. Heinen bittet um Benennung von Gründen für den folgenden Passus aus der Mitteilung: „Lediglich eine - ebenfalls in der Teufelsbergstraße geplante - Gruppe mit einem deutsch-polnischen Angebot konnte aufgrund enormer Widerstände in der polnischen Elternschaft leider nicht starten.“

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu.

5.2 Neue Anfragen

**5.2.1 Zusätzliche elternfinanzierte Angebote in Kitas
(Anfrage von RM Thor Zimmermann vom 20.01.2011)
AN/0107/2011**

Die Anfrage, deren Beantwortung durch die Verwaltung bisher noch nicht vorliegt, wird auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.02.2011 vertagt.

**5.2.2 Gesundes Essen in Kitas
(Anfrage von RM Thor Zimmermann vom 20.01.2011)
AN/0108/2011**

Die Anfrage, deren Beantwortung durch die Verwaltung bisher noch nicht vorliegt, wird auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.02.2011 vertagt.

**6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "fips e.V."
5204/2010**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „fips e.V.“, Hilfen für Kinder und Familien, Subbelrather Str. 15c, 50823 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Absatz 2 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2 Reparaturkosten / Erhaltungsaufwand von Kraftfahrzeugen für die mobile Jugendarbeit 4699/2010

Herr Pannes gibt zu Protokoll, dass der Maximalbetrag von 800,00 Euro für die Reparatur und die Instandhaltung der Kraftfahrzeuge der mobilen Jugendarbeit unter Umständen nicht ausreiche. Er bittet die Verwaltung, in der Richtlinie eine Öffnungsklausel einzubauen, wonach der o.g. Betrag – unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und Korrektheit – bei entsprechenden Nachweisen überschritten werden könne.

Frau Hartmann teilt mit, dass die Verwaltung den Betrag verifiziert habe. Darüber hinaus können über 5 Jahre Rücklagen gebildet werden, die ebenfalls für die Reparatur und Instandhaltung der Fahrzeuge verwendet werden können. Sollte die Erfahrung zeigen, dass der Betrag von 800,00 Euro doch nicht ausreiche, werde die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss einen neuen Vorschlag vorlegen.

Herr Dr. Heinen stellt den Beschlussvorschlag unverändert zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt in Ergänzung der Richtlinie zur Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vom 01.01.2006 eine Regelung zu den Reparaturkosten / dem Erhaltungsaufwand von Kraftfahrzeugen für die mobile Jugendarbeit gemäß Anlage 1.

Anmerkung: Anlage 1 ist der Niederschrift nicht nochmals beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Trägerwechsel der OT Haus der Jugend Lippeweg von der Katholischen Kirchengemeinde Heilige Familie zu den Katholischen Jugendwerken e. V. 5399/2010

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Trägerschaft der OT Haus der Jugend Lippeweg von der Katholischen Kirchengemeinde Heilige Familie auf die Katholischen Jugendwerke e.V. rückwirkend zum 01.01.2011 zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.4 Trägerwechsel der OT St John von der Katholischen Kirchengemeinde St. Mariä Geburt zum Sozialdienst Katholischer Männer e. V. Köln (SKM) 5413/2010

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Trägerschaft der OT St. John von der Katholischen Kirchengemeinde St. Mariä Geburt auf den Sozialdienst Katholischer Männer e. V. Köln rückwirkend zum 01.01.2011 zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.5 Verteilung von Haushaltsmitteln 2010 - Zuschuss an den "Arbeitskreis Ausländisches Kind e.V." 4531/2010

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, stellt der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag ohne den Zusatz „vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltsatzung für die Jahre 2010/2011“ zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt, die im Haushaltsjahr 2010 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € für den Verein „Arbeitskreis für das ausländische Kind e.V.“ zu gewähren.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Annahme einer zweckgebundenen Spende für den Spielplatz im Forstbotanischen Garten 5349/2010

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Rodenkirchen, folgenden Beschluss zu fassen.

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen nimmt, vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses, die von der IG Hahnwald angebotene Spende in Höhe von 10.000 Euro dankend an.

Die zur Umsetzung der gesamten Maßnahme erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8 (Auszahlungen von Baumaßnahmen), Maßnahme 5100-0604-0-2002 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

7.2 Generalinstandsetzung, Umbau und Erweiterung der ehemaligen Grundschule Berrischstraße 134-136 in Köln-Roggendorf/Thenhoven zu einer fünfgruppigen Kindertagesstätte Baubeschluss 5385/2010

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vor Sitzungsbeginn der Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Bezirksvertretung Chorweiler vom 20.01.2011 als Tischvorlage verteilt. Dieser liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 3 bei.

Herr Dr. Heinen und Herr Dr. Schlieben bitten, sich der Beschlussfassung der Bezirksvertretung Chorweiler anzuschließen.

Herr Dr. Heinen weist darauf hin, dass es sich bei dem Zusatz zunächst lediglich um einen Prüfauftrag handele und dieser keine Freigabe für Kosten jeglicher Höhe darstelle.

Die Jugendhilfeausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Somit stellt der Ausschussvorsitzende den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft genehmigt vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses den Entwurf und die Kostenermittlung für die Generalinstandsetzung, den Umbau und die Erweiterung der ehemaligen Grundschule Berrischstraße 134-136 in Köln-Roggendorf/Thenhoven zu einer fünfgruppigen Kindertagesstätte mit Gesamtbaukosten in Höhe von 2.900.000 Euro und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Folgende Punkte sollen auf Umsetzbarkeit und Kosten überprüft und umgesetzt werden:

- **Bau einer Photovoltaikanlage auf den nicht denkmalgeschützten Gebäudeteilen**
- **Nutzung einer vom Rechnungsprüfungsamt vorgeschlagenen umweltfreundlicheren und effizienteren zentralen Warmwasserversorgung anstatt der geplanten dezentralen Warmwasserversorgung**
- **Überdachung eines Teilbereichs des Wartebereichs für die Eltern im Eingangsbereich der Außenanlage**
- **Statt des geplanten normalen Telefonanschlusses einen Internetzugang ermöglichen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 5334/2010

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt als Nachfolger für Herrn Markus Kaufmann

Herrn Fabian Stettes

als stellvertretendes beratendes Mitglied (Stellvertreter für Herrn Andreas Hildebrand) in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

8.2 MÜLHEIM 2020 - Zuständigkeit der Bezirksvertretung Mülheim für Einzelprojekte 5396/2010

Herr Dr. Schlieben spricht sich dafür aus, über den alternativen Beschlussvorschlag zu beschließen. Das hieße, dass die Fachausschüsse ihre Kompetenz behalten und über Entscheidungen zu Einzelprojekten des Programms vorberaten. Durch das Verfahren sei weder eine zeitliche Verzögerung noch eine Papierflut zu befürchten.

Herr Dr. Heinen stellt somit den alternativen Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Alternativer Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Alternativbeschluss zu fassen:

Der Rat nimmt den Sachstand zum Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die noch erforderlichen Entscheidungen zu Einzelprojekten des Programms den fachlich betroffenen Ausschüssen bzw. dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 4 Pro-Stimmen (CDU-Fraktion, SkF, Caritasverband) und einer Enthaltung (Paritätischer) mehrheitlich abgelehnt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Im Anschluss daran stellt der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat nimmt den Sachstand zum Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die noch erforderlichen Entscheidungen zu Einzelprojekten des Programms entsprechend dem Grundsatzbeschluss des Rates vom 05.05.2009 (Vorlage-Nr. 3493/2008) der Bezirksvertretung Mülheim vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren. Dies gilt nicht für investive Projekte.

Abstimmungsergebnis:

Bei 4 Contra-Stimmen (CDU-Fraktion, SkF, Caritasverband) und einer Enthaltung (Paritätischer) mehrheitlich zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

9 Anfragen

9.1 Herr Dr. Heinen nimmt Bezug auf die aktuelle Diskussion bezüglich der GEMA-Gebühren und bittet um Angabe des Sachstandes im Hinblick auf die Stadt Köln.

Frau Beigeordnete Dr. Klein berichtet, dass es ein Schreiben des Deutschen Städtetages gebe, worin ein 20%-iger Nachlass gefordert werde. Dies könne jedoch nicht die Lösung sein. Zur Zeit prüfe das Rechtsamt in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag die Rechtmäßigkeit. Die Antwort des Deutschen Städtetages stehe noch aus. Es gebe jedoch eine Positionierung des Deutschen Städtetages sowie eine Stellungnahme des LVR.

Die vorgenannten Schreiben liegen der Niederschrift als Sachstandsmitteilung als Anlage 4 bei.

9.2 Herr Kienitz berichtet von einem Artikel über das Haus des Jugendrechts im Kölner Stadtanzeiger am 23.01.2011 und bittet in diesem Zusammenhang um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wo konkret sieht Herr Stadtdirektor Kahlen in diesem Fall eine arglistige Täuschung?
- Warum hat die Stadtverwaltung bei Vertragsabschluss keine entsprechenden Klauseln schriftlich fixiert?
- Warum weiß Herr Stadtdirektor Kahlen als Beigeordneter des Dezernates I nichts davon, dass das Amt für öffentliche Ordnung eine Genehmigung für den Betrieb einer Spielstätte erteilt hat?
- Im Artikel äußere Herr Stadtdirektor Kahlen, dass die feste Absicht bestehe, den Mietvertrag zu beenden, sofern die Unterlassungsklage scheitern sollte.

Gibt es bereits einen Ausweichstandort, eine Ausweichimmobilie bzw. konkrete diesbezügliche Planungen?

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

- 9.3** Frau Trappe-Nolden bezieht sich auf einen aktuellen Fall aus der Sozialberatung. Eine unter 18-jährige Schülerin habe eine Einladung des JobCenters erhalten unter Androhung von Sanktionen (10% Kürzung der Mittel) für den Fall des Nichterscheinens. Das Mädchen gehe noch zur Schule und könne sich nicht zusätzlich um die Hartz-IV-Leistungen ihrer Eltern kümmern. Darüber hinaus erhielten die Eltern keine Kenntnis von dem Schreiben. Es handele sich hierbei nicht um einen Einzelfall. Es gebe Fälle, in denen das JobCenter sich von Schülern Eingliederungsvereinbarungen unterschreiben lasse.

Die Verwaltung sagt zu, eine entsprechende Antwort beim zuständigen Dezernat einzuholen.

- 9.4** Frau Laufenberg nimmt Bezug auf die Anfrage von Herrn Kienitz unter 9.2 und kritisiert, dass die Jugendhilfeausschussmitglieder von der Sache in der Presse erfahren mussten. Sie wünscht sich eine bessere Informationspolitik.

Sie bittet um Mitteilung, ob das Polizeiprojekt „Crash“ im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden könne.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

gez.: Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
ausgef.: Anna Jarczyk (Schriftführerin)